

Der „ewige Krieg“ – und seine Profiteure

Woran denken Sie, wenn Sie von einem „*internationalen integrierten Technologiekonzern*“ Folgendes zu lesen oder zu hören bekommen: **„Mit unseren Technologien, unseren Produkten und Systemen schaffen wir die unverzichtbare Grundlage für Frieden, Freiheit und für nachhaltige Entwicklung: Sicherheit.“** Und der Konzern, so heißt es weiter auf der Webseite, ist auch **„ein integrierter Technologiekonzern für umweltschonende Mobilität“.**

Und – haben Sie erraten, um wen es sich hier handeln könnte? Frieden ... – Freiheit ... – nachhaltige Entwicklung ... – Sicherheit ... – umweltschonende Mobilität ... ?

So präsentiert sich ausgerechnet Rheinmetall, der größte deutsche Rüstungskonzern, dessen Aktienkurs sich im Kriegsjahr 2022 nahezu verdreifacht hat. Und bis 2025 plant das Management eine Verdoppelung des jährlichen Umsatzes auf 12 Milliarden Euro.

Der Konzern nützt mittlerweile die Ukraine als Testgelände für neue Waffen und will dort demnächst eine ganze Panzerfabrik bauen, in der pro Jahr 400 Panzer hergestellt werden sollen. Oder, wie es der Vorstandsboss Armin Papperger ausdrückt: **„Rheinmetall übernimmt Verantwortung in einer sich verändernden Welt.“** (Junge Welt, 7.3.2023)

In einer gewissen Weise trifft das schon zu. Denn für jedes Opfer, das mit Rheinmetall-Waffen ermordet wird, werden

auch deren Hersteller vom Gesetz von Saat und Ernte früher oder später zur Rechenschaft gezogen werden.

Doch für das finanzielle Risiko, falls das Werk im Krieg zerstört werden sollte, übernimmt Rheinmetall keineswegs Verantwortung. Hier wird die deutsche Bundesregierung einspringen, wie der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck bei einem Besuch in der Ukraine ankündigte, also Sie und wir als Steuerzahler in Deutschland. Richtig müsste der Slogan von Rheinmetall also heißen *„Rheinmetall übernimmt den Profit in einer sich verändernden Welt“*.

Um wenigstens zum Teil auch am Profit teilzunehmen und so die immensen Belastungen, die die deutsche Regierung dem von ihr ohnehin schon stark gebeutelten Steuerzahler aufbürdet, wenigstens etwas zu verringern, hat der Bund im März 2021 extra eine Beteiligung von 25,1 Prozent beim deutschen Rüstungskonzern Hensoldt gekauft. Aber auch da fließen, bevor die eingeplanten Profite näher rücken, zuerst immer mehr Steuergelder in die Rüstung hinein – und für die Armen ist immer weniger da.

Ob Hensoldt, Rheinmetall, Diehl, Renk, Heckler & Koch, Thyssen-Krupp oder weitere: Der deutschen Rüstungsindustrie scheint es gut zu gehen. **„Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede“**, schrieb schon in den 20er Jahren der später von den Nazis ermordete Pazifist Carl von Ossietzky. Allerdings haben viele der Konzerne längst einen erheblichen Teil ihrer Betriebe ins Ausland verlagert. Rechtzeitig, könnte man aus ihrer Sicht sagen. So, als ob sie schon gewusst hätten, dass die Regierenden gegen die existenziellen Interessen ihres eigenen Landes die Zufuhr von

günstiger Energie aus dem Osten komplett streichen würden – noch bevor mutmaßlich die USA oder einer ihrer Vasallen diese Energieleitungen in einem noch nie dagewesenen Akt von Staatsterrorismus im September 2022 fast komplett sprengen ließen.

Doch wer hat das gewusst? Die Gewinne aus Deutschland gehen ja ohnehin schon zu einem großen Teil in die USA. Betrachten wir noch einmal das Beispiel Rheinmetall: „**Wer sind die Aktionäre?**“, fragt die *Berliner Zeitung*. (15.4.2023) Und sie antwortet gleich selber: „**Rheinmetall hat 280 staatlich erfasste Aktionäre. Die größten sind Blackrock, Wellington, Fidelity, Harris Associates, John Hancock, Capital Group, Vanguard ... Sie kommen wie die meisten kleineren aus den USA. Rheinmetall ist also gar nicht deutsch ... die Gewinne fließen vor allem in die USA.**“

Das wissen natürlich auch die Funktionäre der Europäischen Union. Und sie sagen es auch, wobei das allerdings in europäischen Medien kaum zu lesen ist. Aber in US-amerikanischen durchaus, etwa in der Zeitung *Politico* vom 24.11.2022. Da lesen wir: „**Europäische Spitzenbeamte sind wütend auf die Regierung von Joe Biden und werfen den Amerikanern vor, mit dem Krieg ein Vermögen zu verdienen, während die EU-Länder leiden. ‚Tatsache ist, wenn man es nüchtern betrachtet, dass die USA das Land sind, das am meisten von diesem Krieg profitiert, weil sie mehr Gas zu höheren Preisen verkaufen und weil sie mehr Waffen verkaufen‘, sagte ein hoher Offizieller gegenüber Politico.**“

Wenn Kriegsbefürworter auf dem Sofa sitzen

Der Schweizer Historiker Daniele Ganser wies im April 2023 während einer im Internet übertragenen Diskussion (*Fair Talk*) zum Thema *Das Geschäft mit dem Krieg* darauf hin, dass es doch die Aktionäre der Rüstungsunternehmen seien, die in erster Linie Interesse an möglichst vielen und möglichst langen Kriegen haben. Deshalb, so schlug er vor, sollten doch diese Herrschaften an den vordersten Linien im Krieg kämpfen – und nicht 18- oder 19-jährige Rekruten, die meist gar nicht wissen, wozu sie eigentlich Kriege führen und weshalb sie sich gegenseitig umbringen sollen. Dann würden sich die Kriege wohl rasch erübrigen, so meinte er. Also dann, wenn die Kriegsverantwortlichen ihn nicht vom Sofa aus gewinnen können, sondern dafür ihr eigenes Leben – oder wahlweise das ihrer Kinder oder Enkel – opfern müssten.

Nun existieren zwar keine öffentlich zugänglichen Namenslisten der Aktionäre z.B. von US-amerikanischen Rüstungsbetrieben. Die Wahrscheinlichkeit dürfte aber eher nicht gegen Null tendieren, dass sowohl der US-amerikanische Präsident als auch sein Rüstungsminister auf einer solchen Liste – gäbe es sie – auch zu finden sein würden.

Joe Biden war schließlich jahrzehntelang Senator des US-Staates Delaware, bekanntermaßen ein Schwerpunkt der US-amerikanischen Rüstungsindustrie. Und sein Kriegsminister – von „Verteidigungsminister“ zu sprechen, würde jeglicher Logik zuwider laufen – Lloyd Austin war vor seiner Berufung in dieses Amt fünf Jahre lang im Vorstand des Rüstungs-

konzerns Raytheon tätig. Raytheon ist weltweit der zweitgrößte Waffenkonzern.

Nicht nur auf diese beiden passt wohl auch eine Erkenntnis des Schriftstellers Erich Maria Remarque, des Autors des Kriegsromans *Im Westen nichts Neues*: **„Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.“**

Und die nicht hingehen müssen, das sind vor allem die Reichen. Der bereits erwähnte Historiker Daniele Ganser befasst sich schon seit Jahrzehnten mit Kriegen und ihren Ursachen. Und er sagte im April 2020 in einem Interview: **„Die Reichen regieren die USA, nicht das Volk. Und leider hat ein Teil der Reichen in den USA ein Interesse an Kriegen. Das ist fatal für diese Welt.“** (Nachdenkseiten, 28.4.2020)

Und in seinem Buch *Imperium USA – eine skrupellose Weltmacht* schreibt er: **„Die USA sind die größte Gefahr für den Weltfrieden.“**

Und er spricht von **„300.000 superreichen US-Amerikanern, die das Imperium lenken“**. (S. 15)

Die USA seien daher **„keine Demokratie mehr, sondern eine Oligarchie“**. (Nachdenkseiten, s.o.)

Wobei das sicher auch auf zahlreiche andere Länder der Welt zutrifft. Aber die USA sind eben – derzeit jedenfalls noch – mit Abstand das mächtigste.

Die Buchautorin und Professorin für Europapolitik Ulrike Guérot beklagte in einem Interview mit der Schweizer

Weltwoche am 3.4.2023 den **„Konformitätsdruck“** in der westlichen Presselandschaft, **„der im wesentlichen dazu geführt hat, dass wir eine gleichlautende Presselandschaft hatten ohne kritische Fragen. ... Es gibt ja interessante Fragen, die man einfach doch mal als investigativer Journalist stellen könnte, um die Hintergründe dieses Krieges, die Akteure, die Interessen, auch die Kapitalinteressen zu beleuchten. Und das passiert aber nicht.“**

Und warum nicht? Weil viele große Medien, gerade auch in Deutschland, ebenfalls von superreichen Oligarchen finanziert und damit beherrscht werden? Bitte urteilen Sie selbst!

Wenn „düstere Zukunftsvisionen“ wahr werden

Wir wollen hier jedenfalls genau diesen Fragen einmal nachgehen. Vielleicht haben Sie sich gewundert, dass es im Titel dieser Analyse „ewiger Krieg“ heißt. Wir haben das nicht erfunden. Der Schriftsteller George Orwell legte bereits 1948 in seinem Roman *1984* den Machthabern in seiner düsteren Zukunftsvision eines totalitären Überwachungsstaates die Devise in den Mund **„Ewiger Krieg für ewigen Frieden“**.

Genau diesen unheilschwangeren Slogan griff im Jahr 2003 Gore Vidal wieder auf, der bedeutende US-amerikanische Schriftsteller, und er bezog ihn direkt auf sein Land, die Vereinigten Staaten. In seinem Buch *Ewiger Krieg für Ewigen Frieden* schrieb er:

„Eine Republik ist unvereinbar mit einem Imperium! Man kann nicht beides haben! Amerika aber hat ganz bewusst ein Imperium aufgebaut und es hat damit bereits 1898

begonnen, als es Krieg gegen Spanien führte und die Philippinen besetzte. ... Wir machen uns überall Feinde und klagen dann, was ist das für eine gefährliche Welt!"

(zit. nach Deutschlandfunk, 21.1.2003)

Der *Deutschlandfunk* fasste Gore Vidals Sicht wie folgt zusammen: ***„Die USA führen seit rund fünfzig Jahren einen ‚ewigen Krieg‘ gegen alles, was sie als ‚das Böse‘ definieren, nach innen wie nach außen ... Amerika, dies sein Resümee, erntet den Hass, den es selber gesät hat.“***

(2.9.2002)

Kritik an den USA hat also nichts mit Anti-Amerikanismus zu tun. Im Gegenteil – es spricht für die USA, dass es dort so viele aufrichtige und selbstkritische Denker gibt, die selber dem Verhängnis auf den Grund gehen wollen, das zu dieser andauernden Gewaltbereitschaft führt. Gore Vidal ist ja keineswegs der einzige.

Karlheinz Deschner zitiert in seinem Buch *Der Moloch* über die USA den Historiker Richard Maxwell Brown, der es ***„unabweisbar“*** nennt, ***„dass wir eine unverbesserlich gewalttätige Nation sind“***. (1992, S. 15)

Und er zitiert auch den Historiker Henry Steele Commager, der seine eigene Nation ***„das gesetzloseste Volk der Erde“*** nennt.

Die Redensart allerdings, dass es ***„kein großes Vermögen gibt, hinter dem sich nicht ein Verbrechen verbirgt“***, bezeichnet Deschner eher als ***„Euphemismus ... als stünde hinter einem großen Vermögen nur ein Verbrechen!“*** (S. 14)

Sondern, wie Deschner stattdessen schlussfolgert: mehr als ein Verbrechen.

Auch Jesus von Nazareth warnte schon: „**Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als ein Reicher in das Reich Gottes.**“ Um wie viel mehr gilt das für all jene, die sich am Blutgeld des Krieges bereichern, an dem so viel Leid und Elend klebt.

Sogar ein ehemaliger US-Präsident hielt mit der Wahrheit nicht hinterm Berg. Jimmy Carter, zwischen 1977 und 1981 Präsident, sagte im Jahr 2019, die Vereinigten Staaten von Amerika seien „**die krieglerischste Nation in der Geschichte der Welt**“. (Ganser, Imperium USA, S. 25)

Kriege führen „in göttlichem Auftrag“?

Wie ist es so weit gekommen? Und was steckt da dahinter? Wir können jetzt zwar nicht die ganzen 250 Jahre der USA-Geschichte hier aufrollen. Vielleicht reichen auch ein paar „Höhepunkte“ aus der zweiten Hälfte. Gore Vidal hat ja eine Jahreszahl in dieser Richtung genannt: 1898, als die USA begonnen haben, ein Imperium aufzubauen.

Das bestätigte seinerzeit auch der Soziologe William Sumner, der jenes Jahr einen „**großen Wendepunkt**“ in der Geschichte der Vereinigten Staaten nannte, weil nun offensichtlich werde, „**dass auch die USA auf Expansion und Imperialismus setzen und fremde Inseln überfallen, die ganz klar nicht zum Territorium der USA gehören**“. (Imperium USA, S. 104)

Diese Inseln waren zum einen Kuba, zum anderen die weit entfernten Philippinen, die in beiden Fällen bis dahin im Besitz der ehemaligen Weltmacht Spanien gewesen waren. Die USA wurden also plötzlich selbst zu einer Kolonialmacht.

Und was war der Antrieb? Albert Beveridge, der Senator aus Indiana, brachte es auf den Punkt: **„Amerikanische Fabriken produzieren mehr als die amerikanische Bevölkerung benutzen kann ... Das Schicksal hat unsere Politik vorbestimmt. Der Handel der Welt muss und wird unserer sein.“** (S. 99)

„Vorbestimmt“ – das ist das entscheidende Wort, sozusagen das religiöse „Zauberwort“, mit dem die US-amerikanischen Eliten sich über Jahrzehnte hinweg selber in den Imperialismus hineintrieben, in gewisser Weise bis heute. Der damalige US-Präsident William McKinley, so Daniele Ganser, **„behauptete mit Überzeugung, dass die USA einen göttlichen Auftrag zur Expansion hätten, um dem Rest der Welt die Lebensweise einer freien, gottgemäßen Gesellschaft zu demonstrieren“.** (S. 108)

Und Senator Beveridge pflichtete Präsident McKinley bei, als er am 9. Januar 1900 in einer Rede vor dem US-Kongress sagte: **„Wir werden unseren Teil in der Mission unserer von Gott geschützten Rasse bei der Zivilisierung der Erde beitragen. ... Wo werden wir die Abnehmer unserer Produkte finden? Die Philippinen geben uns einen Stützpunkt am Tor zum Osten.“** (S. 113)

Wirtschaftlicher Erfolgsdruck, ja Erfolgswang und religiöse, bisweilen auch rassistische Hybris sind also kaum vonein-

ander zu trennen. Dem „göttlichen Auftrag“, von dem McKinley sprach, entspricht im Englischen der Begriff „manifest destiny“, die „offenkundige Bestimmung“ des US-amerikanischen Volkes.

Dieser Begriff entstand Mitte des 19. Jahrhunderts nicht zufällig zu einem Zeitpunkt, als sich die USA durch einen Krieg einen Großteil des damaligen Mexiko zwischen Texas und Kalifornien einverleibten. Und auch der Völkermord an den Indianern, nach Ganser die „Ursünde“ der US-Geschichte, geschah bewusst oder unbewusst mit dem sicheren Gefühl, der angeblich überlegenen Rasse anzugehören und den angeblich „richtigen“ Glauben zu haben.

Und auch die grausame Sklaverei betrachteten die Sklavhalter, zu denen in den ersten Jahrzehnten der US-Geschichte auch weite Teile der politischen Elite zählten, vermutlich ganz im Sinne des katholischen „Kirchenvaters“ Ambrosius als „Geschenk Gottes“.

Wer hat den „richtigen“ Glauben?

Der Begriff des „manifest destiny“ wiederum geht hauptsächlich auf den Protestantismus calvinistischer und puritanischer Prägung zurück. Martin Luther und Johannes Calvin betonen, ähnlich wie vor ihnen der spätantike katholische „Kirchenlehrer“ Augustinus, die „Vorherbestimmung“ des Menschen. Der protestantische Konfessionsgott Luthers und Calvins hat demnach die Menschen entweder zum Himmel oder zur ewigen Hölle vorherbestimmt. Doch wie erkenne ich nun als Protestant, ob ich in den protestantischen Himmel oder in die protestantische Hölle komme?

Sehen könne ich es mehr oder weniger am Erfolg – im übertragenen Sinne auch am wirtschaftlichen oder politischen Erfolg. Wenn man das dann weiterdenkt – und viele dieser religiösen Einstellungen verstärken sich ja unbewusst –, dann hat der Staat, der die Wirtschaft und die Welt beherrscht, automatisch auch den angeblich „richtigen“ Glauben. Doch wer ihn nicht hat – oder sich diesem absoluten Anspruch gar widersetzt – der sei – so die allgemein übliche Schlussfolgerung – für die Hölle bestimmt oder, beschönigend formuliert, dafür „vorhergesehen“, und komme unweigerlich in die ewige Verdammnis.

Daran ändert sich übrigens kaum etwas, wenn der US-Präsident, was selten vorkommt, einmal katholisch ist, so wie seit 2021 Joe Biden. Denn auch der Vatikan strebt ja auf seine eigene Art die Weltherrschaft an. Und gemeinsam ist den unterschiedlichen Konfessionsgöttern, dass sie mit Gott, dem Ewigen, dem Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, mit dem Gott, den Jesus von Nazareth lehrte, nicht das Geringste zu tun haben. Denn dieser ist der Gott der Liebe und kennt keine Gewalt. Er achtet den freien Willen jedes Seiner Kinder im Erdenkleid. Er straft nicht und verurteilt auch keinen in die Hölle oder Verdammnis. Die kirchlichen Höllen- und Verdammnislehren sind alles menschliche Erfindungen. Gott, der All-Eine, hat keine Religionen gegründet und auch keine Priester eingesetzt. Diese haben seit Jahrtausenden Seine Propheten und Prophetinnen verleumdet und verfolgt und die Lehre, die diese immer wieder brachten, verfälscht – etwa, indem sie Gott, dem All-Einen, Gewalt und Strafe untergeschoben und die Menschen gegeneinander aufgestachelt haben, anstatt das Gesetz von Ursache und Wirkung

zu verstehen und anzuerkennen: Was der Mensch sät, das wird er ernten.

Und wer das Gegeneinander will, das ist der Vater von unten, den Jesus von Nazareth den „Vater der Lüge“ genannt hat. Man kann ihn auch den Götzen Baal nennen.

Und wie gesagt: Was wir jetzt über die USA gesagt haben, das mag vielen heutigen Wirtschaftsführern oder Politikern gar nicht bewusst sein. Aber es könnte die Einstellung und das Verhalten noch immer prägen. An die Stelle des frommen, fanatischen puritanischen Protestanten ist im Laufe der Jahrhunderte der wirtschaftliche oder politische Erfolgsmensch getreten. Und an die Stelle der Missionierung – „Ich will ja, dass der richtige Glaube verbreitet wird!“ – trat die Manipulation: Ich will ja, dass möglichst viele Menschen meine Weltherrschaftsansprüche unterstützen. Und dabei auch noch glauben, sie täten es freiwillig.

Die Meister der Propaganda

Und tatsächlich sind die USA derzeit weltweit führend in mindestens drei Arten von Kriegen. Zum einen im äußeren Krieg – sie haben mit Abstand die größte Rüstungsindustrie und das größte Rüstungsbudget von allen. Zum zweiten im Wirtschaftskrieg, „Sanktionen“ genannt. Das entspricht in etwa dem, was im Mittelalter das Verwüsten von Dörfern und Feldern und das Vergiften von Brunnen im Umkreis war, während eine Burg belagert wurde. Sanktionen, sprich: Wirtschaftskriege, können also mindestens so tödlich sein wie echte Kriege – und sie sind, nebenbei bemerkt, völkerrechtswidrig. Die einzige Ausnahme davon, auf die sich

die Völkergemeinschaft der Vereinten Nationen geeinigt hat, gilt dann, wenn die Sanktionen der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ausdrücklich gebilligt hat. Und drittens führen die USA mit weitem Abstand auch in der Kategorie „Informationskrieg“. Niemand kann besser als sie das „Wording“ steuern – also das Erfinden eingängiger, oft die wahren Sachverhalte eher verschleiender Begriffe – und auch das „Framing“ von Informationen – also das Einfügen dieser Kampfbegriffe in einen entsprechenden Gefühlsrahmen, um im Volk dauerhaft bestimmte Einstellungsmuster zu erzeugen.

Es sind nicht zufällig die USA, in denen zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Lehre von der Propaganda entstanden ist, deren Bücher z.B. ein Joseph Goebbels später mit großem Interesse studiert hat. Dem Namen nach starteten die USA ja als eine Demokratie, in der angeblich das Volk regiert. Doch wie Daniele Ganser schon sagte: In Wirklichkeit regieren die Oligarchen – und das nicht nur in den USA. Wenn die Elite nun einen Krieg beginnen will, dann muss sie das angeblich regierende Volk zumindest pro forma auf ihre Seite bringen. Und das geht am besten durch eine entsprechende Kriegslüge oder durch eine Provokation des jeweiligen Gegners. Denn wenn dieser zuerst schießt, kann man das Volk viel leichter zur empörrten Gegenwehr aufstacheln.

Der Krieg gegen das bis dahin noch von Spanien besetzte Kuba begann im Februar 1898 damit, dass im Hafen von Havanna das US-amerikanische Kriegsschiff Maine, das dort ohne Genehmigung Spaniens vor Anker gegangen war, plötzlich explodierte. 266 US-Amerikaner starben. Was

natürlich sofort den Spaniern in die Schuhe geschoben wurde und zum Krieg führte.

Eine unabhängige Untersuchung des Wracks hatte die amerikanische Regierung zuvor rundweg abgelehnt. Nicht ohne Grund, denn eine spätere Untersuchung ergab – allerdings erst nach dem kurzen Krieg –, dass die Explosion keineswegs von spanischer Seite, sondern von innen her erfolgt war – sei es durch einen Unfall, oder sei es gar mutwillig, wobei man dann für einen Kriegsgrund die eigenen Leute geopfert haben würde.

Es gab schon damals Stimmen in den USA, die zur Besonnenheit mahnten, etwa die des Schriftstellers Mark Twain, der davor warnte, dass „**der US-amerikanische Adler seine Krallen auf fremdes Territorium setzt**“. Doch sie wurden nicht gehört.

Für welche Interessen Deutschland den Ersten Weltkrieg verlieren musste

Im Ersten Weltkrieg war es dann ein im Januar 1917 vom britischen Marine-Geheimdienst abgefangenes geheimes Telegramm der deutschen Reichsregierung an ihren Botschafter in Mexiko, das als Kriegsgrund herhalten musste. Darin war nämlich der Botschafter aufgefordert worden, eingehend zu prüfen, ob das Deutsche Reich nicht mit Mexiko ein Bündnis schließen könne, falls die USA in den Krieg eintreten würden.

Die US-Regierung behauptete nun, Deutschland habe dieses Bündnis bereits geschlossen, was gar nicht der Fall war. Der US-Präsident Woodrow Wilson hatte noch im November

1916 seine Wiederwahl zur zweiten Amtszeit mit dem Versprechen gewonnen, er wolle die USA aus dem Krieg heraushalten. Nun ergriff er eifrig die Gelegenheit, die USA am Krieg zu beteiligen.

Den eigentlichen Grund für den Kriegseintritt der USA im vorletzten Kriegsjahr benennt der deutsche Historiker Wolfgang Effenberger in seinem Buch *Wiederkehr der Hasardeure*: Große US-amerikanische Banken hatten den Briten Milliarden von Dollar für Waffenkäufe geliehen, die sie im Falle einer Niederlage der Briten wohl hätten abschreiben müssen. Deshalb musste das Deutsche Reich unter allen Umständen verlieren – wofür dann die US-Armee auch sorgte. Denn die Deutschen wurden als Zahlmeister gebraucht – und sie zahlten die letzte Rate der Kriegsschulden aus dem Ersten Weltkrieg – was nur wenige wissen – erst im Jahr 2010 zurück. (Imperium USA, S. 136)

Es ging den Regierenden der Vereinigten Staaten bei ihren zahlreichen Kriegen also nicht um irgendwelche hehren moralischen Werte. Es ging ihnen letztlich um das Wohlergehen der **„Händler des Todes“**, wie die Rüstungsgeschäftemacher schon von der US-amerikanischen Friedensbewegung der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts genannt wurden. Schon der Verkauf von Waffen während des Ersten Weltkriegs habe, so die Aussage eines Zeugen in einem 1934 eingesetzten Untersuchungsausschuss des US-Kongresses, **„die hässlichste Seite der menschlichen Natur zum Vorschein gebracht, darunter Lüge, Täuschung, Heuchelei, Gier und Bestechung, die alle eine zentrale Rolle bei den Transaktionen spielten“**. (S. 123)

Nach dem Angriff der Japaner war der Präsident „wie erlöst“

Und so ging es weiter. Ähnlich wie vor ihm Präsident Wilson sicherte auch US-Präsident Franklin Roosevelt im Jahr 1940 seine Wiederwahl während eines Weltkriegs, diesmal des Zweiten, mit dem Versprechen, die USA aus dem Krieg herauszuhalten – um dann das genaue Gegenteil davon umzusetzen.

Um doch noch in den Krieg einzutreten, genügte es, eine der drei verbündeten Mächte – Deutschland, Italien oder Japan – zu einem Angriff zu provozieren. Roosevelt wählte Japan und ließ 1941 die Lieferung von Erdöl aus den USA an Japan, die – wohlgermerkt – bis dahin noch erfolgt war, plötzlich einstellen. Auch Deutschland erhielt übrigens noch bis 1944 Öl, wenn auch in geringen Mengen, aus den USA über Spanien.

Der Plan ging auf: Japan griff daraufhin am 7. Dezember 1941 den US-Stützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii an. Sie zerstörten 164 Flugzeuge, versenkten 18 Schiffe und töteten 2400 US-Amerikaner.

Was wie ein Überraschungsangriff aussah und von der US-Regierung auch so dargestellt wurde, war aber keiner. Der Funkverkehr der Japaner war schon lange zuvor abgehört und entschlüsselt worden, was die amerikanische Regierung aber geheim hielt, auch vor den eigenen Leuten. Denn der japanische Angriff sollte dann ja den Vorwand für den Kriegs-Eintritt der USA liefern, weshalb nichts getan wurde, um ihn zu verhindern.

Lediglich neue wertvollere Schiffe hatte man zuvor vorsorglich aus dem Stützpunkt abgezogen. Ein Mitarbeiter des US-Marinegeheimdienstes erklärte hinterher in Bezug auf die 2400 getöteten US-amerikanischen Soldaten: **„Es war ein recht billiger Preis, den wir für die Einmütigkeit der Nation bezahlen mussten.“** (zit. nach Imperium USA, S. 150)

2400 tote Staatsbürger – ein „billiger Preis“? Damit man das eigene Volk in einen Weltkrieg hineinmanipulieren kann? Wie zynisch sind denn solche Gedanken?

Daniele Ganser schreibt dazu: **„Dass eine Regierung ihre eigenen Bürger durch einen politischen Gegner töten lässt, um das Land auf einen Krieg einzustimmen, ist für viele Menschen völlig undenkbar. Doch im Falle des japanischen Angriffs ... ist genau das geschehen.“** (S. 159)

Und es geht noch weiter: Präsident Roosevelt war nach dem Angriff der Japaner **„wie erlöst“**. Das berichtet Karlheinz Deschner in seinem Buch *Der Moloch – Sprecht sanft und tragt immer einen Knüppel bei euch! Zur Amerikanisierung der Welt*. Endlich konnte Roosevelt sein Land, die USA, ohne Widerspruch in den Krieg führen. Und Deschner schreibt weiter: **„Seine Frau Eleanor berichtet ..., der Präsident, den sie kurz nach Erhalt der Nachricht sah, sei so ‚heiter‘ gewesen wie schon lange nicht.“** (S. 241)

Worum ging es dann den regierenden US-Amerikanern im Zweiten Weltkrieg? Ging es ihnen wirklich um die Befreiung Deutschlands vom Faschismus? Das haben sicher viele Deutsche so empfunden und auch viele einfache US-Soldaten.

Doch wie sahen es politische Drahtzieher im Hintergrund? Dem späteren amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman etwa werden folgende Sätze zugeschrieben, die er laut einem Artikel vom 27.12.1972 in der *New York Times* im Jahr 1941 gesagt haben soll: **„Wenn wir sehen, dass Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen, und wenn wir sehen, dass Russland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen, und auf diesem Wege lassen wir sie so viele wie möglich töten.“**

Das muss man erst mal auf sich wirken lassen. Und man darf auch nicht vergessen, dass US-amerikanische Unternehmen in den zwei Jahrzehnten zwischen den Weltkriegen in Mussolinis Italien ebenso massiv investierten wie in Hitlers Deutschland oder in Stalins Sowjetunion. Das Geschäft musste eben weitergehen.

Und bezeichnend für die äußerst pragmatische, um nicht zu sagen: empathielose Haltung der US-Führung ist auch, dass sie bis 1944 die Sowjets die Hauptlast des Angriffs und damit der Verluste an Menschenleben tragen ließen. Erst als die Gefahr drohte, dass die Sowjetunion ganz Deutschland erobern und für sich allein beanspruchen hätte können, eröffneten die Amerikaner und Briten 1944 eine zweite Front in Frankreich.

Und heute? Heute steht Deutschland unter der Beanspruchung durch die USA. Der französische Historiker Emmanuel Todd sieht das sehr nüchtern. In einem Interview mit der Schweizer *Weltwoche* sagte er im Januar 2023: **„Deutschlands Tragödie besteht darin, dass es noch immer daran glaubt, von den Vereinigten Staaten beschützt zu werden.“**

Und vermutlich im Hinblick auf die Sprengung der Nord-Stream-Öl-Pipelines im September 2022, die aller Wahrscheinlichkeit nach auf die USA oder ihrer Hintermänner zurückgeht, sprach Todd weiter: **„Deutschland, das seine Sicherheit Amerika anvertraute, wurde zur Zielscheibe der Amerikaner. Ich empfinde sehr viel Mitgefühl für Deutschland. Es leidet an diesem Trauma des Verrats durch den beschützenden Freund – der 1945 auch ein Befreier war.“** (10.1.2023)

Der Angriff der Japaner auf Pearl Harbor gehört laut Daniele Ganser auf jeden Fall zu den **„Schlüsselereignissen in der Geschichte der Vereinigten Staaten“**. Die anderen beiden sind die Ermordung von John F. Kennedy im Jahr 1962 und die Anschläge auf das World Trade Center in New York im Jahr 2001. In einem Interview sagte der Schweizer Historiker: **„Alle drei Ereignisse haben die US-Bevölkerung zutiefst verängstigt und schockiert, und immer hat der US-Präsident sein Land danach in den Krieg geführt.“** (Nachdenkseiten, 28.4.2020)

„Ewiger Krieg für Ewigen Frieden“ ... Hatte der Schriftsteller George Orwell wirklich nur einen fiktiven Staat im Auge, als er diesen paradoxen und zutiefst haarsträubenden Slogan auswählte? Als er das Buch schrieb, kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, konnte er noch nicht wissen, dass die USA tatsächlich einen Krieg nach dem anderen führen – sich vom „ewigen Frieden“ aber immer weiter entfernen würden. Vielleicht hat er es aber geahnt. Und es ist ja auch logisch: Frieden kann nie durch Gewalt entstehen. Das weiß im Grunde jedes Kind. Doch ausgerechnet diejenigen, die sich

als besonders mächtige Staatsbevollmächtigte auch noch „Christen“ nennen, die glauben offenbar, es besser zu wissen.

Wer hat Interesse am „ewigen Krieg“?

Doch auch George Orwell wusste vermutlich genau, welche Rolle inzwischen das Geschäft im Denken und Handeln der US-amerikanischen Staatsbevollmächtigten spielte.

Der US-amerikanische Verfassungsrechtler John Whitehead schrieb im März 2022 über die „Kriegskultur“ in seinem Land: **„Krieg ist zu einem riesigen Geldgeschäft geworden, und die US-Regierung ist mit ihrem riesigen Militärimperium einer der besten Käufer und Verkäufer.“** (Nachdenkseiten, 20.3.2022)

Daraus ergibt sich: Die höchst einflussreiche Rüstungsindustrie der Vereinigten Staaten hat folglich aus Profitgründen ein Interesse daran, wenn es immer wieder Kriege gibt, wenn also möglichst lange eine Art „ewiger Krieg“ tobt. Und erinnert sei hier daran, was in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts der damalige US-Präsident Calvin Coolidge zum Ausdruck brachte, um die politische Maxime seines Landes auf den Punkt zu bringen: **„Americas business is business“ – „Amerikas Geschäft ist das Geschäft.“**

„Aber das ist doch menschenverachtend!“, werden viele jetzt zu Recht sagen, wenn Geschäfte auch mit dem Leid und Tod anderer Menschen gemacht werden. Sie haben vollkommen recht. Und Menschen, die genau so denken und fühlen, die das alles schrecklich finden, die gibt es auch in den USA, und zwar nicht wenige.

Doch was geschah, als sie in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts mit einer riesigen Protestbewegung den grausamen Vietnamkrieg endlich gestoppt hatten? Die Regierenden wurden nicht einsichtig und friedlich, o nein! Die Militärführung änderte lediglich ihre Taktik: Weniger Bodentruppen, vor allem: Weniger eigene Bodentruppen. Mehr Stellvertreterkriege, zum Beispiel **„bis zum letzten Ukrainer“**, wie sogar die Zeitung *The American Conservative* ebenso kritisch wie zynisch anmerkte. (14.4.2022)
Mehr Luftangriffe, mehr ferngesteuerte Drohnen, usw.

Der kanadische Historiker Andrew Preston schrieb dazu im Jahr 2018 in der *Neuen Zürcher Zeitung*: **„Die Antikriegsbewegung ... steht heute mit einem ironischen Erbe da: Anstatt alle Kriege zu beenden, hat sie das Pentagon veranlasst, eine neue Art der Kriegsführung zu erfinden. Das Resultat davon ist unsere Ära des ‚ewigen Krieges‘, geführt gegen Feinde, die dauernd wechseln ...“** (19.4.2018)

Sieht so ein „Heilsbringer“ aus?

Und Thomas Bargatzky, emeritierter Professor an der Universität Bayreuth für Ethnologie und Experte für Geopolitik, sieht die ideologischen Wurzeln dieses fast schon zwanghaften Drangs zur Weltbeherrschung in Ideen, die einer kirchlich geprägten Bibelgläubigkeit entsprangen und die das wahre, ursprüngliche Christentum für ganz andere Zwecke missbrauchten und für sich in Anspruch nahmen. Er sagt: **„Die ... Leitidee, Amerika als ‚Stadt auf dem Berge‘ und leuchtendes Vorbild für alle Völker der Erde, ist tief im Denken der Amerikaner angelsächsischer Herkunft**

verwurzelt und bestimmt bis in die Gegenwart die politische Rhetorik und das Handeln US-amerikanischer Eliten. Amerika als ‚auserwählte Nation‘ sei aufgrund ihrer ‚offenkundigen Bestimmung‘ (manifest destiny) dazu ausersehen, der Welt das Heil zu bringen.“
(Nachdenkseiten, 23.2.2022)

Und wie dieses angebliche „Heil“ dann ausgesehen hat und aussieht, das kann man in der Geschichte und auch in der Gegenwart näher betrachten. Seit 1798 haben die USA sage und schreibe 469 militärische Interventionen durchgeführt. Und 251 davon, also mehr als die Hälfte, erfolgten erst seit 1991. Die Häufigkeit solcher Einsätze sank also keineswegs nach dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989, also seit dem Ende des Kalten Krieges, sondern im Gegenteil: Sie erhöhte sich sogar noch. Das alles sind keine Erfindungen von Amerika-Feinden, sondern das sind die offiziellen Zahlen des *Congressional Research Center*, also des Wissenschaftlichen Dienstes des US-amerikanischen Kongresses.

Und die Zahlen sind noch gar nicht vollständig. Gezählt wurden neben ausgewachsenen Kriegen zwar auch kleinere militärische Aktionen. Doch nicht mitgezählt wurden z.B. verdeckte Operationen und Putschs, mit denen in vielen Fällen rechtmäßig gewählte Regierungen gestürzt und zum Teil rechtsgerichtete Militärjuntas an deren Stelle gesetzt wurden, wie z.B. in Guatemala 1954 oder in Chile 1973. Die Zeitung *Junge Welt* zieht zu diesem Thema folgende Bilanz: ***„Die USA haben seit ihrer Gründung im Jahr 1776 mehr als zweihundert Kriege geführt – ohne selbst jemals (als Staat) angegriffen worden zu sein.“*** (20.10.2022)

Der Schweizer Historiker Daniele Ganser zitiert in seinem Buch *Imperium USA* zu diesem Thema den deutschen Psychologie-Professor Rainer Mausfeld. Ganser schreibt: **„Insgesamt seien die USA, nach offiziellen Angaben und Schätzungen, seit dem Zweiten Weltkrieg ,durch Angriffe auf andere Länder für den Tod von 20 bis 30 Millionen Menschen verantwortlich‘, so Mausfeld. Doch diese Zahlen seien kaum bekannt.“** (S. 281)

Und der Hintergrund dieser fortwährenden Kriegstreiberei, der wirkt sich dann auch in der Gegenwart noch aus. „Manifest destiny“ – die offenkundige Bestimmung, das ist bis heute ein Schlüsselwort.

Und diese angeblich schicksalhafte Bestimmung oder Auserwählung - die führt nach dem Ethnologie-Professor Bargatzky auch dazu, dass die USA und in ihrem Gefolge die Staaten des westlichen Lagers **„sich das Recht herausnehmen, ... auch militärische ,humanitäre Interventionen‘ in anderen Staaten durchzuführen. Dies ist nichts anderes als die Wiederkehr des überwunden geglaubten ‚Rechtes des Stärkeren‘ in den zwischenstaatlichen Beziehungen.“**

Wer also an eine Auserwählung glaubt, der müsste sich deshalb fragen: Auserwählt von welchem Gott?

Wenn man dieser rein äußerlichen Stärke dann das Gebot Gottes durch Mose **„Du sollst nicht töten!“** gegenüberstellt, und auch die Aussage des Christus Gottes: **„Häuft euch keine Schätze an, die Motten und Rost fressen!“** – dann weiß man, dass es nicht von diesem Gott kommen kann.

Welcher Geist und welcher Gott steckt aber dann hinter der äußeren Gewalt, und wo ist im Gegensatz dazu die wahre innere Stärke zu finden?

Die NATO als geopolitisches Instrument

Im vorderen Teil unseres Themas sind wir bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs gekommen. Die bis dahin vor allem als Seemächte dominierenden USA und Großbritannien hatten mit ihren Verbündeten Hitlerdeutschland besiegt und damit auch als Rivalen um die Weltherrschaft ausgeschaltet. Doch das Ringen um die Dominanz ging weiter. Mit der NATO setzten die USA nun sozusagen einen Fuß auf den europäischen Kontinent als Gegengewicht gegen die Sowjetunion. Sie folgten damit dem britischen Geografen und einflussreichen Politikberater Halford Mackinder, der bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts in seiner Lehre von der Geopolitik die Auffassung vertrat: Wer die Welt beherrschen will, der muss zumindest einen Teil der eurasischen Landmasse kontrollieren.

Der Philosoph und Journalist Werner Rügemer schreibt in seinem Buch *Imperium EU*: **„Die Legende besagt, die NATO sei ein ‚Produkt des Kalten Krieges‘ nach dem Ende des 2. Weltkriegs. In Wirklichkeit ist die NATO ein Produkt der US-Expansion, die schon vor dem militärischen Eingriff der USA in den Zweiten Weltkrieg im Gange war.“** (Nachdenkseiten, 23.4.2022)

Und diese Expansion hatte immer auch eine wirtschaftliche Seite. Die Ansammlung von Geld und der Ausbau von Macht

ging also immer Hand in Hand. So stürzten US-Amerikaner und Briten im Jahr 1953 den demokratisch gewählten iranischen Präsidenten Mohammed Mossadegh, weil dieser die Ölförderung seines Landes verstaatlichen wollte.

Und ein Jahr später stürzte die CIA in Guatemala den Präsidenten Jacobo Arbenz, weil dieser durch eine soziale Landreform das ausbeuterische Bananen-Monopol der US-amerikanischen United-Fruit-Company bedrohte. Nur zwei Beispiele von vielen.

Bereits 12 Jahre nach Gründung der NATO, die im Jahr 1949 erfolgt war, hatte ein US-Präsident, nämlich Dwight D. Eisenhower, die Gefahren erkannt, die vom militärisch-industriellen Komplex ausging, der im Begriff war, einen Staat im Staate zu schaffen.

Der Publizist und Journalist Stefan Baron schreibt in seinem Buch *Ami go home! Eine Neuvermessung der Welt*: **„In seiner Abschiedsrede beim Auszug aus dem Weißen Haus hatte Präsident Dwight D. Eisenhower seine Landsleute schon 1961 gewarnt: ... Die USA müssen sich ,davor hüten, dass der militärisch-industrielle Komplex unerwünschten Einfluss auf die Regierung nimmt’, so der ehemalige General und Kriegsheld. Das ,Potential für einen desaströsen Anstieg fehlplazierter Macht’ sei bereits vorhanden. ,die Kombination eines riesigen militärischen Establishments mit einer großen Waffenindustrie sei ,eine neue Erfahrung’ für das Land, die schwerwiegende Implikationen habe. ,Wir dürfen das Gewicht dieser Kombination niemals unsere Freiheiten oder demokratischen Prozesse gefährden lassen’, so Ike (also Präsident Eisenhower) voll dunkler Vorahnung.“** (S. 30)

Wollte Kennedy den Kalten Krieg beenden?

Auch Eisenhowers Nachfolger, John F. Kennedy, erkannte die Gefahr und ihre möglichen Folgen: **„Die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen, oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende“**, warnte er. (Ganser, Imperium USA, S. 27)

Auch Kennedy war kein Pazifist, aber er verhinderte während der Kubakrise 1962 fast im Alleingang eine nukleare Katastrophe, indem er mit dem Sowjetführer Nikita Chruschtschow vereinbarte, dass sowohl die Russen ihre Atomraketen aus Kuba als auch die US-Amerikaner die ihrigen aus der Türkei abzogen. In seinem Beraterstab, das wusste Kennedy, wäre die Mehrzahl eher dafür gewesen, einen nuklearen Krieg zu riskieren.

Im Jahr zuvor hatte Kennedy sich bereits geweigert, einen offenen Krieg mit Kuba zu beginnen, nachdem die US-Invasion in der kubanischen Schweinebucht gescheitert war. Und er hatte Allen Dulles, den mächtigen Chef des Geheimdienstes CIA, den er für das Fiasko verantwortlich machte, kurzerhand entlassen und gedroht, den CIA **„in tausend Stücke zu zerschlagen“**.

Möglicherweise stellte er sich damit sein eigenes Todesurteil aus, denn es spricht einiges dafür, dass der entlassene Dulles daraufhin womöglich im Hintergrund die Fäden zog für die Ermordung Kennedys in Dallas in Texas am 22. November 1963.

Rund einen Monat vor seiner Ermordung hatte Kennedy noch angeordnet, dass sich bis 1965 sämtliche US-Berater

und Geheimdienstleute aus Vietnam zurückziehen sollten. In Südvietnam unterstützten damals die USA, allen voran der CIA, die brutale Diktatur des katholischen Präsidenten Diem, der die Kommunisten unter Ho Chi Minh in Nordvietnam bekämpfte und auch die Buddhisten im eigenen Land unterdrückte. Kennedy wollte also auch keinen US-Krieg in Vietnam.

Laut Bezirksstaatsanwalt Jim Garrison war die Ermordung Kennedys ein „**Staatsstreich**“, und sein Zweck war, „**Kennedy davon abzuhalten, ... den Kalten Krieg zu beenden**“. (Imperium USA, S. 200)

Für den Historiker Daniele Ganser ist die Ermordung Kennedys 1963, wie bereits erwähnt, der zweite der drei Schlüsselmomente der US-amerikanischen Geschichte. Der erste war der japanische Angriff auf Pearl Harbor 1942, über den die US-Regierung zuvor genau informiert war, diese Information aber geheim hielt, um den dann erfolgten japanischen Angriff und seine amerikanischen Opfer als Grund für den Kriegseintritt zu nützen.

Das Attentat von Dallas wurde als Aktion eines Einzeltäters dargestellt, und zwar von einer Untersuchungskommission, an der ausgerechnet Ex-CIA-Chef Allen Dulles teilnahm. Alle anderen Vermutungen wurden von dieser Kommission kurzerhand als sogenannte „Verschwörungstheorien“ verleumdet. Und der angebliche Einzeltäter wurde kurz darauf selber erschossen.

Doch unabhängig davon, was nun genau geschehen ist: Mit Kennedy starb auf jeden Fall auch sein Rückzugsplan aus Vietnam. Stattdessen wurde nun das genaue Gegenteil

angeordnet. Kennedys Nachfolger Lyndon B. Johnson schickte prompt 4000 zusätzliche Militärberater ins 14.000 Km entfernte Vietnam. Und auch der CIA übernahm wieder das Kommando im Hintergrund und sorgte für Provokationen gegen Nordvietnam durch ständig vor der Küste kreuzende Kriegsschiffe. Und als das noch nicht ausreichte, erfand man kurzerhand einen angeblichen Angriff Nordvietnams auf ein US-Schlachtschiff im Golf von Tonkin – nicht die erste und auch nicht die letzte US-Kriegslüge –, um offen in den Krieg einzutreten, der dann bis 1974 dauerte und in dem durch Flächenbombardements drei Millionen Menschen starben. Eine halbe Million Menschen wurde verkrüppelt, 900.000 Kinder blieben als Waisen zurück. Und 100.000 Kinder wurden behindert und missgebildet geboren, weil die amerikanischen Truppen mit Giftgas ganze Regenwälder „entlaubt“ haben, wie es beschönigend hieß.

Die Kriegstreiber wittern Morgenluft

Der verlorene Krieg gegen Vietnam sorgte dann zwar zunächst für eine längere Denkpause. Doch nachdem Präsident Ronald Reagan in den 80er Jahren die Sowjetunion „erfolgreich“ „totgerüstet“ hatte, witterten die Kriegstreiber in Washington wieder Morgenluft. Während sogar Reagan die Atomwaffen, ähnlich wie sein Gegenüber Michail Gorbatschow, als Geißel der Menschheit ansah, die man nun überwinden und abschaffen könne und auch sollte, setzte sein Nachfolger ab 1989, George Bush senior, bis dahin Chef des CIA, ganz andere Akzente.

Am 28. Januar 1992 verkündete er zunächst, wie die USA von nun an die Annäherung von West und Ost interpretierten.

George Bush wörtlich: **„Das Größte, was ... in der Welt geschehen ist, ist dies: Durch die Gnade Gottes hat Amerika den Kalten Krieg gewonnen.“** (Nachdenkseiten, 30.1.2023)

George Bush missbrauchte hier nicht nur den Namen Gottes, des Ewigen, um die geopolitischen Ziele seines Landes zu rechtfertigen. Er machte auch deutlich: Die treibenden Kräfte in den USA dachten gar nicht daran, nach der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts eine globale Friedensordnung zu schaffen. Sondern sie handelten nach der neoliberalen kapitalistischen Devise: **„The winner takes it all“ – „Der Sieger kriegt alles!“** Und alles heißt: Ressourcen, Marktanteile – und Macht, Macht, Macht. Macht nicht nur über einzelne Länder, sondern über ganze Regionen – zum Beispiel den Nahen Osten mit seinen Erdölvorräten.

Als erstes begann Bush 1991 einen Krieg gegen den Irak, dessen Präsident Saddam Hussein bis dahin ein enger Verbündeter der USA gewesen war. Er wurde in eine Falle gelockt, als man ihm zu verstehen gab, dass die USA nichts dagegen hätten, wenn er im Nachbarland Kuwait einmarschiert. Hatten sie aber dann doch – und sie sorgten dafür, dass die Bevölkerung der USA und aller NATO-Verbündeten bereitwillig in diesen ungleichen Krieg zogen – durch die bodenlos zynische Brutkastenlüge, wonach angeblich irakische Soldaten in einer Klinik in Kuwait frühgeborene Säuglinge aus den Brutkästen gezerrt und auf den Boden geworfen hätten. Alles erlogen!

Bushs Nachfolger ab 1993, Bill Clinton, setzte dann den geopolitischen Kampf um Eurasien in Richtung Osten fort, indem er mit einer massiven Osterweiterung der NATO begann, die dadurch Russland bis heute immer näher rückt. Nach dem Fall der Berliner Mauer hatte Reagans Außenminister James Baker noch eindeutig versprochen, dass sich die NATO keinen Zentimeter nach Osten bewegen würde. Dieses Versprechen wurde nun gebrochen. Ergänzend ließ Clinton die NATO – einschließlich Deutschlands – einen weiteren Trittstein in Richtung Osten angreifen und zerschlagen, nämlich das bis dahin noch unabhängige Jugoslawien, und er ließ Belgrad bombardieren. Die Lüge lautete diesmal, die Serben hätten für ihre Albanisch sprechenden Landsleute ein Konzentrationslager errichtet. Auch das war erlogen, wurde aber ausgerechnet von deutschen Politikern publikumswirksam verbreitet.

Der „Terror“ wird das neue Feindbild

Im vorderen Teil dieser Untersuchung hatten wir ja schon darauf hingewiesen, dass Propaganda und die Manipulation der eigenen Bevölkerung zu herausragenden Fähigkeiten der US-amerikanischen Politik gehören.

Doch von Zeit zu Zeit benötigt eine Manipulation sozusagen ein Update, womit der Angstpegel der Bevölkerung vergrößert werden kann, um damit dann Kriegs- und auch Kontrollmaßnahmen rechtfertigen zu können.

Der Kampf gegen den Kommunismus war definitiv vorbei; und Demokratie und Menschenrechte sind rasch abgegriffene Worte, wenn sie von den Verfechtern dieser Kampfziele selber nur ungenügend beachtet werden.

Als neues und noch „unverbrauchtes“ Thema wurde daher nun der Terror als Kriegsgrund genannt. Nachdem am 11. September 2001 zwei Flugzeuge in das World Trade Center in New York geflogen waren, zogen die USA und ihre Verbündeten, darunter auch Deutschland, kurz darauf in den nächsten Krieg, diesmal gegen Afghanistan – obwohl keiner der Terroristen aus diesem Land stammte.

Um das besser zu verstehen, hilft ein Blick in die politischen Veröffentlichungen dieser Zeit: Kurz zuvor, im Jahr 2000, hatte die Politgruppe der sogenannten „Neokonservativen“, die bis heute die US-Politik maßgeblich bestimmen, ihre Strategie unter dem Motto *Rebuilding America's Defenses* veröffentlicht, zu Deutsch: *Amerikas Verteidigung neu aufbauen*.

Schon diesem Motto *Amerikas Verteidigung neu aufbauen* wohnt eine gewisse Heuchelei inne, denn die USA wurden ja in ihrer ganzen Geschichte noch nie in ihrem amerikanischen Stammland angegriffen, führen aber weit entfernt davon ständig Kriege.

Und es wurden ab jetzt sogar noch mehr, zum Teil mehrere gleichzeitig. Denn das erklärte Ziel war, wie es die Wochenzeitung *Freitag* im Jahr 2013 zusammenfasste: **„Die USA hätten nach dem Zerfall der Sowjetunion keinen globalen Rivalen mehr.“** (21.3.2013)

Und daraus ergibt sich für diese Drahtzieher der US-Politik die aktuelle Zielsetzung: **„Sie müssten ihre vorteilhafte Stellung ,soweit wie möglich in die Zukunft hinein ausbauen.“**

Die „neokonservativen“ Hardliner sahen sich dabei selber am Beginn eines „**Neuen Amerikanischen Jahrhunderts**“. Und die für dieses Jahrhundert angestrebte „**full dominance**“, also „**absolute Dominanz**“ Amerikas sollte auch möglichst die Kontrolle über die bedeutendsten Öl- und Gaslagerstätten insbesondere im Nahen Osten beinhalten.

Prompt griffen die USA gleich 2003 erneut den Irak an, wo sich bekanntlich solche Lagerstätten befinden, und sie hinterließen ein weitgehend zerstörtes, durch Uranmunition vergiftetes und durch bürgerkriegsähnliche Zustände zerrissenes Land zurück.

Der Angriff war wiederum mit einer Lüge erfolgt, nämlich, dass der Irak angeblich über Massenvernichtungswaffen verfüge, die aber nie gefunden wurden.

Der ehemalige irakische Präsident Saddam Hussein wurde 2006 wie ein Pferdedieb einfach aufgehängt – was sich sämtliche noch mit den USA verbündeten Länder als Warnung zu Herzen nehmen konnten, dem Sinn gemäß etwa wie folgt: Wer vom sogenannten „Großen Bruder“ nicht mehr gebraucht wird, der wird fallen gelassen und sollte lieber rechtzeitig das Weite suchen.

Auch Dschihadisten taugen als Verbündete

Und wehe, es wagte ein Land, ähnlich wie Mossadeghs Iran 1953, die eigenen Ölquellen zu verstaatlichen. Das musste auch der Staatspräsident von Libyen, Muammar Gaddafi, erfahren. Da nützte es ihm auch nichts, dass er mit den Einnahmen aus dem – wohlgermerkt – eigenen Öl, Wohnraum und Gesundheitszentren für die eigene Bevölkerung bauen ließ. Libyen wurde zunächst zu einem der erfolg-

reichsten Länder Afrikas mit weniger Menschen unter der Armutsgrenze als z.B. in den Niederlanden. Die fossilen Grundwasservorräte unter der Sahara hatte Libyen genutzt, um die Trinkwasserversorgung und die Agrarbewässerung sicherzustellen.

Doch am 1. Oktober 2009 wagte es Gaddafi, vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Kriegspolitik der NATO scharf zu kritisieren, auch den völkerrechtswidrigen Angriff auf den Irak wenige Jahre zuvor. Die Antwort der NATO kam zwei Jahre später. Im Verlauf des sogenannten „Arabischen Frühlings“ griffen ausgerechnet in Libyen und auch in Syrien oppositionelle Gruppen zu massiver Gewalt gegen Polizeistationen und öffentliche Gebäude. Polizisten wurden ermordet, worüber aber die westlichen Medien kaum berichteten, wohl aber über die Gewalt der Regierungskräfte, die sich hatten provozieren lassen.

Wir sehen hier einmal mehr, dass auch das Verschweigen wichtiger Informationen eine Lüge darstellt – in diesem Fall eine weitere Kriegslüge, denn unter dem Vorwand eines angeblich „humanitären Krieges“ – allein diese Wortschöpfung ist ein Widerspruch in sich – erreichten die NATO-Staaten im UN-Sicherheitsrat die Durchsetzung einer Flugverbotszone für Libyen, die sie dann aber selbst sofort in illegaler und völkerrechtswidriger Weise überschritten, indem sie umgehend aus der Luft mit Bombardierungen begannen. Gaddafi wurde bestialisch umgebracht und das einst reichste Land Afrikas in einen bis heute andauernden Bürgerkrieg gestürzt, der zum Teil auf die südlichen Nachbarländer übergegriffen hat.

Und es ging weiter auf diese kriegerische Art: Wie erwähnt, kam es 2011 auch in Syrien zu bewaffneten Aufständen, die sich zu einem Bürgerkrieg auswuchsen.

Der Nahost-Experte Michael Lüders schreibt über diesen Bürgerkrieg in seinem Buch *Die scheinheilige Supermacht – Warum wir aus dem Schatten der USA heraustreten müssen*“:

„Nach westlicher Auffassung sind für die dortigen Kriegszerstörungen (also in Syrien) allein oder in erster Linie (der syrische Präsident) Assad und sein Verbündeter Russland sowie der Iran verantwortlich. Hiesige Entscheidungsträger und Meinungsmacher blenden aus, dass die USA, teilweise die EU, die Türkei und die Golfstaaten über Jahre hinweg dschihadistische Kriegsgegner Assads bewaffnet, unterstützt oder finanziert haben. ... Aus dem ... 2011 entflammten Bürgerkrieg wurde ein Stellvertreterkrieg, wobei sich die militärisch maßgeblichen Widersacher des Assad-Regimes vornehmlich aus den Reihen von Al-Qaida und des ‚Islamischen Staates‘ rekrutierten.“ (S. 165)

Der ehemalige US-General Wesley Clark berichtete, dass der damalige stellvertretende Außenminister der USA, Paul Wolfowitz, ihm schon 1991, also 20 Jahre vor dem Krieg in Syrien, gesagt habe: **„Wir haben jetzt etwa fünf oder zehn Jahre, um diese alten Sowjetregime – Syrien, Iran und Irak – wegzuräumen, bevor die nächste große Supermacht kommt und uns herausfordert.“** (Imperium USA, S. 323)

Es ging in diesem Krieg also nicht nur um die syrischen Ölquellen – die die USA bis heute besetzt halten –, sondern auch um den einzigen Militärstützpunkt Russlands im

Mittelmeer, nämlich genau in Syrien. Aus Sicht der USA, die weltweit an die tausend Militärstützpunkte haben, war dieser ein Stützpunkt Russlands im Mittelmeer aber schon einer zu viel.

Die USA und ihre Verbündeten begannen nun auch, Syrien zu bombardieren. Doch den Sturz von Präsident Assad, den sie seit langem geplant hatten, erreichten sie in diesem Fall nicht, weil Russland eingriff. Bis heute führen die USA jedoch einen Wirtschaftskrieg gegen Syrien, „Sanktionen“ genannt, der weite Teile der syrischen Bevölkerung von Nahrungsmitteln und Medikamenten abschneidet, selbst nach dem verheerenden Erdbeben in Syrien und der Türkei am 6. Februar 2023. Sanktionen sind für so ein Land gnadenlos; das zeigte sich in den 90er Jahren auch im Irak, als eine halbe Million Kinder als Folge der Sanktionen aufgrund fehlender Nahrungsmittel und Medikamente starben.

Die westlichen Medien erwähnten allerdings nicht, dass aufgrund der aktuellen Sanktionen gegen Syrien Zehntausende von Menschen 2023 nach dem Erdbeben in Syrien kaum Hilfe erhalten haben. Und sie erwähnten auch nicht, dass sich der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im April 2023 mit großer Mehrheit gegen die völkerrechtswidrigen Sanktionen ausgesprochen hat, die meist von westlichen Ländern verhängt werden. Diese Resolution gegen die Sanktionen würde viele Menschenleben retten, doch die Länder der NATO und der Europäischen Union stimmten dagegen.

Die Enthüllungen über die Beteiligung der USA insbesondere auch am Bürgerkrieg in Syrien kommentierte der US-

amerikanische Regisseur Oliver Stone mit den Worten: „**Wir destabilisieren die gesamte Region, erschaffen Chaos. Und dann beschuldigen wir ISIS**“ – den Islamistischen Terror-Staat – „**für das Chaos, welches wir erzeugt haben**“.
(Ganser, Illegale Kriege, S. 298)

Westliche Konzerne auf Raubzug

Dazu die grundsätzliche Frage: Wer schafft seit Urzeiten das Chaos in der Welt? Es ist der Diabolos, der Durcheinanderwerfer, zu Deutsch auch „Teufel“ genannt, der symbolisch für die Widersacher Gottes steht, für die Anhänger des Götzen Baal, der seine Energie aus Streit und Krieg aller Art bezieht, und der die Menschen daran hindern will, Gott, dem Ewigen, in sich näherzukommen.

Und dazu benützen sie auch die Gier von Menschen, die die Ressourcen der Erde und die Arbeitskraft ihrer Bewohner bis zum Letzten ausbeuten wollen – und die quasi-religiöse Verblendung von Menschen, die glauben, unbedingt die Welt beherrschen zu sollen. Das US-amerikanische Konzept, sagt der Philosoph und Geopolitik-Experte Hauke Ritz, ist „**ein Rezept für Chaos und einen dritten Weltkrieg**“.
(Nachdenkseiten, 4.4.2023)

Und wir haben jetzt nur über einen kleinen Teil der Kriege und Putsche und Intrigen gesprochen, die von der einzigen derzeit noch verbliebenen Supermacht in Szene gesetzt wurden. Wir haben auch nicht jedes Mal die ungezählten Toten erwähnt, die jeweils Verstümmelten, die Vergifteten, die Hungernden und die Vertriebenen, die geschändete Natur und die gequälten Tiere. Wir haben nur zu Beginn die

20 bis 30 Millionen Toten erwähnt, die geschätzt seit dem Zweiten Weltkrieg auf das Konto von USA und NATO gehen werden.

20 bis 30 Millionen Tote – wofür? Um die einzige voll dominante Weltmacht des Planeten zu bleiben? Doch nach knapp einem Vierteljahrhundert ist der Siegeszug des „Neuen Amerikanischen Jahrhunderts“ ins Stocken geraten. Dabei waren sie schon so nahe dran gewesen.

In den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts waren westliche Konzerne und Berater unter einer schwachen und überforderten russischen Regierung wie die Aasgeier über die russische Wirtschaft hergefallen, hatten Betriebe zerschlagen und im übertragenen Sinne ausgeraubt. Millionen von Menschen verloren all ihre Ersparnisse, wurden arbeitslos, verhungerten oder erfroren, konnten sich keine Medikamente mehr leisten – oder begingen Selbstmord. Die Lebenserwartung sank, aus nur oberflächlich von westlichen Firmen ausgebeuteten sibirischen Ölquellen trat massenweise Öl aus und vergiftete die Umwelt.

Der Journalist Dirk Pohlmann schrieb am 15.11.2019 dazu im Internet: „**Wichtige Strategen in der USA ... wollten den russischen Bären endgültig besiegen, ihn töten und ausweiden – ihm das Fell über die Ohren ziehen.**“ (Rubikon, 15.11.2019)

Verhindert hat das bekanntlich einer, der seitdem – natürlich rein zufällig – im gesamten Westen als Verkörperung des Bösen dargestellt wird: Wladimir Putin.

Aber die Geschichte ging ja noch weiter. Ein über Jahrzehnte erprobtes und eingespieltes Team für verdeckte Operationen

machte sich daran, als nächstes die Ukraine politisch und wirtschaftlich zu beeinflussen. Und auch hier gab es einiges zu holen. Etwa die Schiefergasfelder im Osten der Ukraine bei Donezk oder das Skifska-Gasfeld im Schwarzen Meer vor der Küste der Halbinsel Krim. Ein westliches Konsortium erhielt tatsächlich den Zuschlag für beides.

Doch dann kam der Rückschlag. Er war sozusagen hausgemacht. Die Europäische Union bot der Ukraine ab 2011 ein Assoziierungsabkommen an, stellte allerdings die Bedingung, dass die Ukraine ihr Freihandelsabkommen mit der Russischen Föderation zuvor beenden müsse – was für die Ukraine einen großen wirtschaftlichen Rückschlag bedeutet hätte. Die Ukraine unter ihrem russlandfreundlichen Präsidenten Viktor Janukowitsch legte die Zustimmung für das Abkommen daraufhin auf Eis.

Um doch noch weiter Einfluss auf die Ukraine zu behalten, investierten die USA nach Aussage der damaligen Stellvertreterin des US-Außenministers John Kerry – Victoria Nuland – fünf Milliarden Dollar in die Öffentlichkeitsarbeit gegen die amtierende Regierung der Ukraine, woraufhin dort im Februar 2014 ein gewaltsamer illegaler Putsch stattfand, der rechtsgerichtete nationalistische Kräfte ans Ruder brachte.

Die russischsprachigen Gebiete im Osten der Ukraine und auf der Krim machten das aber nicht mit; die Zustimmung zur Ausbeutung der Gasfelder war damit ebenfalls passé.

„Es geht um Macht, Märkte und Moneten“

Wir sehen an diesem Beispiel: Sich durch Druck und Erpressung gleichzeitig Macht und Geld anzueignen, scheint für die Mächtigen der Welt eher schwieriger zu werden. Die Welt wird unaufhaltsam vielfältiger, multipolarer – auch wenn das einige noch nicht wahrhaben wollen.

Und wir sehen auch: Der Absolutheitsanspruch der scheinbar Mächtigen, die sagen: „Entweder, oder. Du musst dich meiner Macht ganz unterordnen oder gar nicht“, auch der funktioniert immer weniger. Denn so etwas wird als quasi-religiöser Glaubenssatz durchschaut, als Dogma, das keinen Raum mehr lässt für Kompromisse, für ein Verständnis für kulturelle Verschiedenheit, für Brücken zwischen Regionen und Weltanschauungen, die gerade heute in der Politik so nötig wären.

Ja, gegenwärtig werden sogar Versuche für einen für beide Seiten akzeptablen Interessenausgleich in der Ukraine von führenden westlichen Politikern verworfen.

Der Politiker und Publizist Jürgen Todenhöfer schreibt in seinem Buch *Die große Heuchelei*: **„Nirgendwo auf der Welt kämpft der Westen für die Werte seiner Zivilisation. Sondern ausschließlich für seine kurzsichtigen Interessen. Um Macht, Märkte und Moneten. Oft mit terroristischen Methoden. Die Leiden anderer Völker und Kulturen interessieren ihn nicht.“** (S. 314)

So hat die NATO die Ukraine dann über Jahre aufgerüstet als Prellbock der USA gegen Russland, und sie hat am Ende einen Krieg provoziert, was so manchen auch daran

erinnerte, wie es im Zweiten Weltkrieg gegenüber Japan geschah.

Wer den Krieg beginnt, muss es verantworten, auch gegenüber dem Gesetz von Saat und Ernte. Aber wer ihn provoziert hat – ist der wirklich besser? Und vor allem: Ist derjenige besser, der Stellvertreterkriege vom Zaun bricht und weiter verlängert, in die er dann nicht einmal seine eigenen Soldaten hineinschickt, sondern in denen dann Zehntausende von jungen Männern aus einem ganz anderen Land elend verstümmelt werden oder sterben? Wie wollen das die Drahtzieher jemals wiedergutmachen?

Dem US-Präsidenten Abraham Lincoln wird folgendes Zitat zugeschrieben: **„Man kann alle Leute eine Zeitlang an der Nase herumführen, und einige Leute die ganze Zeit, aber nicht alle Leute alle Zeit.“**

Immer mehr Menschen wachen auf und lassen sich nicht länger täuschen. Und deshalb wird auch jeder Versuch, von wem auch immer, auf dem Planeten Erde mit Manipulation und Gewalt eine monopolare, auf eine einzige Welt-Macht ausgerichtete Weltordnung durchzusetzen, früher oder später scheitern. Denn die Menschen sind ebenso verschieden wie ihre Sprachen und Kulturen. Sie lassen sich nicht alle über einen Kamm scheren.

Und echter innerer Fortschritt hin zu Gemeinsamkeit und Einklang mit der Natur beruht immer auf Freiwilligkeit, auf dem freien Willen, den Gott, unser himmlischer Vater, der Vater-Mutter-Gott, allen Seinen Kindern geschenkt hat.

Auch Jesus von Nazareth, der Christus Gottes, ließ sich nicht täuschen. Als der Versucher Jesus von Nazareth auf einen hohen Berg führte und Ihm alle Reiche dieser Welt zeigte, versprach er: **„All das will ich Dir geben, so Du niederkniest und mich anbetest.“**

Jesus von Nazareth aber antwortete: **„Hebe dich weg von mir, Satan! Denn es steht geschrieben: ‚Du sollst Gott anbeten, deinen Herrn, und Ihm allein dienen.‘“**

Wie kann es dann sein, dass Menschen, die sich dem Namen nach auf Gott berufen und auf Christus, der jegliche Gewalt ablehnte, dass diese Menschen nach einer Weltherrschaft streben und dafür immer wieder grausame Kriege führen? Dass sie, um dieses Ziel zu erreichen, gegebenenfalls auch lügen und täuschen? Welchem „Gott“ dienen sie dann? Und noch eine weitere Frage: Wo hat der Gott der Unterwelt, der Widersacher Gottes, seinen Sitz? Liebe Leserinnen, liebe Leser: Bitte urteilen Sie selbst!

Copyright:

Der Modus – Der Verlag, Eine Stimme der Gerechtigkeit in dieser Welt Postfach 1127, 97888 Kreuzwertheim, Juni 2023